

Elisabeth Joris:

## Ende der Heuchelei – Regularisierung jetzt!

**Schweiz** | Der Titel der in Bern durchgeführten Tagung «Regularisierung jetzt!» erscheint provokativ, doch effektiv ist die Regularisierung längerfristig die einzige pragmatische und realistische Lösung der Frage des Aufenthaltsstatus der geschätzten 90'000 bis 300'000 Sans-Papiers, die gegenwärtig in der Schweiz leben und arbeiten. Diese Tatsache nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen ist menschenrechtswidrige Heuchelei.

Frage man in Zürich vor rund 15 Jahren, wie viele Sans-Papiers es im Kanton gebe, war die Antwort schlicht «Keine!». Würde man diese Frage heute im Wallis stellen, wäre die Antwort vielleicht ähnlich, die tatsächliche Situation aber wohl eine ganz andere. Das haben in den letzten Jahre Studien für verschiedene Kantone ergeben. So geht man heute davon aus, dass sich im Kanton Zürich rund 25'000 Sans-Papiers – die vom Asylrecht betroffenen Personen nicht eingerechnet – aufhalten, die meisten von ihnen sind erwerbstätig. Insgesamt schätzt man, dass jede 40. Person in diesem Kanton ohne regulären Aufenthaltsstatus ist, dass in jedem 17. Haushalt des Kantons eine Sans-Papiers Hausarbeiterin putzt, Kinder betreut oder Kranke und Alte pflegt. Im Kanton Genf beschäftigen 20'000 bis 25'000 Familien Sans-Papiers, die meisten davon sind Frauen, viele aus Südamerika. Auf ihre Arbeit kann aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht verzichtet werden. Die viel beschworene Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienarbeit der Schweizerinnen beruht zu einem nicht unbedeutenden Teil auf der Arbeit solcher Sans-Papiers.

**Alle Menschen haben Anrecht auf Schutz**  
Eigentlich ist schon der Name Sans-Papiers irreführend. Diese sind nicht ohne Papiere, nicht ohne Pass, es fehlt ihnen nur ein Papier: die Aufenthaltserlaubnis. Um die Regularisierung des Aufenthaltsstatus ging es an der am 6. Februar 2016 in Bern von der Nationalen Plattform zu den Sans-Papiers organisierten Tagung von und mit Betroffenen und Organisationen (vgl. Aktuell Schweiz [www.sans-papiers.ch](http://www.sans-papiers.ch)). In dieser Plattform sind insbesondere die Beratungsstellen für Sans-Papiers zusammengeschlossen, die ihrerseits mehrheitlich von kirchlichen und gewerkschaftlichen Organisationen wie Caritas oder UNIA mitgetragen werden. Pia Oberoi vom Büro des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte in Genf machte zum Tagungsauftritt unmissverständlich klar, dass alle Personen Anspruch auf Schutz der Menschenrechte haben, unabhängig von ihrem Status. Daher ist – wie andere Staaten auch – die Schweiz aufgefordert, ihren diesbezüglichen Verpflichtungen nachzukommen. Und der beste Schutz der grund-

legenden Rechte von so genannten Sans-Papiers ist die Regularisierung ihres Status. Auch wenn es in der gegenwärtigen politischen Situation unmöglich erscheint, in der Schweiz eine solche Forderung durchzusetzen, ist sie alles andere als exotisch. Nicht nur für US-Präsident Obama ist die Regulierung des Aufenthaltsstatus der illegal eingewanderten Latinos von zentraler politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Auch in der Schweiz und in Europa wurde diese Frage schon seit längerem als wichtig erachtet. 2005 hat der bürgerlich dominierte Genfer Regierungsrat vom Bundesrat vergeblich eine Arbeitsbewilligung für 5'000 Sans-Papiers gefordert. Denn zum einen kann die Gesellschaft auf ihre Arbeit nicht verzichten, zum andern würde die öffentliche Hand dank der Einzahlung von Steuern und AHV-Beiträgen massiv von der Regularisierung profitieren.

### Millionenfache Bewilligungen unter Berlusconi

Der stetig wiederholte Vorbehalt, eine solche Regularisierung erzeuge eine massive Sogwirkung, hat sich in anderen europäischen Staaten nicht bestätigt, so Albert Kraler, Politikwissenschaftler am Zentrum für Migrationspolitikentwicklung in Wien. Er hat die Forschungsergebnisse zu diversen Regularisierungen in einer Vielzahl europäischer Staaten auf mögliche Auswirkungen hin verglichen. Seit Ende des 20. Jahrhunderts ist in über zehn europäischen Ländern der Aufenthaltsstatus von rund 3,5 Millionen Personen reguliert worden. Allein in Italien, und zwar unter der rechten Regierung von Berlusconi – in seinen Reden zeigte er sich alles andere als fremdenfreundlich – wurde innerhalb von elf Jahren in vier Schüben der Status von rund 1,5 Millionen irregulär Eingewanderte reguliert. In Spanien betraf die grosse Amnestie von 2005 rund 600'000 Personen und seitdem wird auch unter der konservativen Regierung von Premierminister Rajoy laufend reguliert, was jährlich 10'000 bis 15'000 Migrantinnen und Migranten betrifft. So geht auch die Regierung von Belgien vor, einem Land von ähnlicher Grösßenordnung wie die Schweiz. Doch zeigten die Schwei-



zer Behörden im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern bis anhin keinerlei Absichten in Richtung einer kollektiven Regularisierung, sondern bestehen auf Einzelfallregelungen.

Ähnlich ist einzig die Haltung von Österreich, dennoch liegt dessen Quote von rund 1'000 Bleibe-Recht-Bewilligungen pro Jahr weit über der Härtefallpraxis der Schweiz. 2014 erhielten hier insgesamt 294 Sans-Papiers aufgrund der sogenannten «Härtefallklausel» eine Bewilligung. Und das bei Abertausenden mehrheitlich erwerbstätigen Sans-Papiers im Land. Die Schätzungen reichen von den vom Staatssekretariat für Migration (SEM) angegebenen 90'000 bis zu den von der Sans-Papiers-Bewegung vermuteten 300'000 Personen. Dazu kommt, dass je nach Kanton diese Härtefallklausel anders gehandhabt wird. Während in einem der letzten Jahre in Genf 176 und im Kanton Waadt um die hundert Bewilligungen erteilt wurden, waren es in Basel, Zürich und Bern

«Eine Regularisierung wäre alles andere als exotisch.»



**Podiumsgespräch:** Im Podiumsgespräch setzt die Waadtländer SP-Nationalrätin Ada Marra (2. von links) auf die Wirkung von Zahlen, die eine pragmatische Lösung verlangen. So ist beispielsweise im Kanton Genf der Sektor Arbeit in Privathaushalten der fünfgrößte Wirtschaftssektor. Von diesen Beschäftigten sind gegen 25'000 Sans-Papiers-Frauen.

Die letzte nationale Kampagne fokussierte sich auf die von Sans-Papiers geleistete Arbeit in Privathaushalten und verlangt die Regularisierung ihres Aufenthalts, damit sie ihre Rechte auf Minimallohn, Arbeitszeit und Sozialversicherung sowie auf Schutz vor Gewalt und sexuellem Missbrauch einfordern können. Dies entspricht auch der von der Schweiz im November ratifizierten ILO-Konvention 189 über menschenwürdige Arbeitsverhältnisse in Privathaushalten, die für alle Haushaltsangestellten Gültigkeit besitzt, auch für Sans-Papiers. Mit einem Aufruf setzt sich die nationale Plattform Sans-Papiers.ch für deren Umsetzung in den nächsten zwei Jahren ein. Der Appell kann auf deren Webseite noch bis zum 8. März unterzeichnet werden.<sup>1</sup>

### Hunderttausende versteckter Arbeitgeber und -geberinnen

An der Tagung ergriffen auch Sans-Papiers das Wort. Viele Frauen erzählten unter Tränen von den harten und häufig unwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen, von der Trennung von ihren Kindern, für deren Zukunft sie die Arbeit in der Irregularität auf sich nehmen. Viele zeigten sich kämpferisch und forderten mit Vehemenz ihre Rechte als Menschen ein. Sie sind nicht bereit, sich weiter kriminalisieren zu lassen. Denn – was bei den fremdenfeindlich geprägten öffentlichen Diskussionen meisten unterschlagen wird – für jede in irregulären Verhältnissen arbeitende Person gibt es Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Wahrscheinlich ist deren Zahl noch höher als diejenige der Sans-Papiers, denn viele, die beispielsweise in Privathaushalten putzen, sind stundenweise in verschiedenen Haushalten beschäftigt. Ebenso wechseln beispielsweise Erntearbeiter aus dem Waadtland je nach Bedarf und Jahreszeit auf Felder im Wallis.

Wer also sind diese Hunderttausende von Arbeitgebenden? Hier ansässige Frauen und Männer, Bauern und Gewerbetreibende. Wo sind sie? Hinter welchen Zahlen verstecken sie sich? Höchste Zeit, der Heuchelei ein Ende zu bereiten. ■

Soziologin Denise Efonyai-Mäder ein. Die profilierte Kennerin der Situation der Sans-Papiers betonte, dass zwar heute deren Anwesenheit als Tatsache wahrgenommen werde. Trotz des manifesten Handlungsbedarfs und des Wissens um den Leidensdruck der Betroffenen passiere aber auf politischer Ebene kaum etwas. Und es gebe bezüglich der verschiedenen Regionen noch blinde Flecken. Auch wenn sie unsern Kanton nicht namentlich erwähnte, gehört wohl auch die Situation im Wallis dazu. Darauf verweisen im Gespräch auch Vertreterinnen der Westschweizer Beratungsstellen, da – abgesehen von der Anstellung in einem Privathaushalt – Sans-Papiers insbesondere in den Sektoren Bau, Landwirtschaft und Tourismus beschäftigt sind. Die Dunkelziffer ist also mit aller Wahrscheinlichkeit hoch.

Dass jedoch auf gesamtschweizerischer Ebene zumindest ein Problembewusstsein geschaffen wurde, geschah nach Laetitia Carreras von der Genfer Beratungsstelle nur dank den grossen nationalen Kampagnen der letzten Jahre. Im Gefolge der Kampagne «Kein Kind ist illegal» öffnete sich im Gefolge der Motion eines Westschweizer CVP Nationalrats über das Recht auf den Schulbesuch hinaus Türen zur Lehre für Jugendliche ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Das Recht auf den Schulbesuch – ein auch in der Schweizer Verfassung garantiertes Grundrecht – will allerdings der Walliser Staatsrat Oskar Freysinger nicht nur wieder aufheben, sondern zugleich als Hebel für die Denunzierung des irregulären Aufenthaltsstatus der Eltern der betroffenen Schulkinder nutzen, zum Entsetzen der Westschweizer Lehrerinnen und Lehrer.

### Handlungsbedarf und blinde Flecken

Auf solche Widersprüchlichkeiten ging an der Tagung die an der Universität Neuenburg forschende

<sup>1</sup>Mit jeder Unterschrift wird der Dringlichkeit des Handlungsbedarfs mehr Gewicht verliehen.